

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Nachrichten Dresden
Verantwortlicher: Gemeindevorstand: 25 241
Nur für Nachrichten: 20011

Bezugs-Gebühr

vom 1. bis 15. Februar 1928 der 1/2 Agt. monatlicher Abrechnung frei Haus 1,50 Mk. Vorabnahme für Monat Februar 3 Mark ohne Postabrechnungssgebühr.

Anzeigen-Preise:

Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die empfindlich zu machen ist die Seite 10 bis 12 für auswärtige Anzeigen und Stellenangebote ohne Nachzahlung 10 bis 12 für auswärtige Anzeigen und Stellenangebote ohne Nachzahlung 10 bis 12 für auswärtige Anzeigen und Stellenangebote ohne Nachzahlung.

Druck- und Anzeigenverlag: Marienstraße 38 42

Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden: Götzstraße-Roma 1088 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe "Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Rettet das Schulgesetz!

Das gesamte evangelische Deutschland für Erhaltung der evangelischen Schule

Ein dringender Appell.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Febr. Wir erhalten soeben Kenntnis von einem Aufrufe, der von allen großen Verbänden des evangelischen Deutschland beschlossen worden ist und am Sonntag in sämtlichen evangelischen Kirchen des Reiches zur Verteilung gelangen wird. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut:

„Die Beratungen über das Reichsschulgesetz drohen zu scheitern. Die Erhaltung der evangelischen Schule ist damit aufs Äußerste gefährdet. In tiefer Sorge um die Zukunft unserer evangelischen Schulerziehung wenden sich die unterzeichneten Verbände an die evangelischen Mitglieder aller Parteien des Reichstages und bitten:

Erhaltet unseren Kirchen die evangelische Schule!
Sichert und das Elternrecht durch das Reichsschulgesetz!
Wecht die Arbeit an diesem Gesetz nicht auf!

Die evangelischen Christen rufen wir auf: kämpft weiter mit uns für das Recht der evangelischen Schule! Fordert von euren Abgeordneten, daß sie die Verhandlungen fortsetzen! Wir verlangen ein Reichsschulgesetz!

Unterzeichner des Aufrufes sind:

Allgemeiner evangelisch-lutherischer Schulverein, Deutscher Bund für christlich-evangelische Erziehung in Haus und Schule, Deutsch-evangelischer Frauenbund, Evangelisch-soziale Schule Bund, Evangelische Schulvereinigungen, Evangelischer Diakonieverband, Evangelischer Reichslehramtsverband, Evangelischer Verband für die weltliche Jugend Deutschlands, Gesamtverband der evangelischen Frauenhilfe, Gesamtverband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands, Kaiserlicher Verband Deutscher Diakonissen-Mutterhäuser, Kirchen-ökonomischer Verband, Landesverband braunschweigischer Frauenvereine, Landesverband für christlichen Frauendienst in Schulen, Reichsverband der evangelischen Jungmännerbünde Deutschlands und verwandter Bestrebungen e. V., Reichsverband evangelischer Eltern- und Volksbünde (Reichselternbund), Verband brandenburgischer evangelischer Arbeiter- und Volksvereine, Verband Deutsche evangelische Bahnhofsmission e. V., Verband evangelischer Religionslehrerinnen e. V., Norddeutsches Land, Verband kirchlicher sozialer Frauengruppen, Verein Deutscher evangelischer Lehrerinnen e. V., Vereinigung evangelischer Arbeiter- und Gewerkschaftssekretäre, Vereinigung evangelischer Frauenverbände Groß-Berlin, Vereinigung evangelischer Frauenverbände Ostpreußen, Zentralauskunft für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche Berlin-Dahlem, Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine Deutschlands.

Keine Zurückstellung des Schulgesetzes!

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 11. Febr. Von denationaler Seite werden wir darauf hingewiesen, daß es nach denationaler Auffassung nicht zutrifft, daß in dem Briefe der Erziehung des Schulgesetzes eine geringere Bedeutung beigemessen werde, als den sonstigen vom Herrn Reichspräsidenten genannten

Aufgaben. Vielmehr geht die Meinung des Reichspräsidenten an die Parteien in erster Linie dahin, sich über das Schulgesetz zu einigen. Nur dadurch würde auch eine wirksame Brandung für die Erledigung der anderen Aufgaben geschaffen werden.

Die Deutschnationale Volkspartei ist jedenfalls gewillt, alles zu tun, um das Schulgesetz unter Dach zu bringen

und damit die politische und die psychologische Voraussetzung für die dem Bunde des Herrn Reichspräsidenten entsprechende Erledigung der sonstigen Aufgaben einschließlich des Straßengesetzes, also für den weiteren Bestand der letzten Regierungskoalition bis zum verfassungsmäßigen Ende der Legislaturperiode, zu schaffen. Die Deutschnationalen sehen es also als die erste Aufgabe an, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu beseitigen, die einer Einigung über das Schulgesetz entgegenstehen.

Die Stellung der Volkspartei.

Berlin, 11. Febr. Zu der durch den Brief des Reichspräsidenten geschaffenen Lage schreibt die „Nationale Liberale Korrespondenz“, der parlamentarische Vorkämpfer der Deutschen Volkspartei, daß sich die Deutsche Volkspartei selbstverständlich zur Fortführung der Verhandlungen über ein Gesetz bereitbehalte, das von der Regierungskoalition eingebracht worden sei, auch wenn die sachlichen Mängel über das Zustandekommen des Entwurfes nach wie vor zweifelhaft seien. Jedoch mache die Verantwortlichkeit der Parteien dem verkrüppelten Streit über die Schulfrage, wie für das gesamte Schicksal des Gesetzes, verantwortlich zu machen sei, zunächst ein Ende.

Die „Germania“ zur Schulkrise.

Berlin, 11. Febr. Die „Germania“, das Berliner Zentrumsorgan, bringt auch heute wieder das Drängen des Zentrums zur Entscheidung über die Frage des Reichsschulgesetzes zum Ausdruck und schreibt: Bei den erneut aufgenommenen Verhandlungen und den Bemühungen des Reichstages in der Sache, dem der Dank dafür nicht vorenthalten werden soll, daß er alles daransetzt, um das Schulgesetz zu retten, kann es sich nicht darum handeln, eine Verschleppung anzubahnen. Für die Sorgen, von denen sich der Herr Reichspräsident bei keinem Schritt hat lassen lassen, haben wir das allergrößte Verständnis und verschließen uns nicht. Aber wir sind auch der Auffassung, daß dem Reichsschulgesetz in keinem Falle eine Bedeutung zweiten Grades zugewiesen werden kann, und wir halten es nicht für möglich, daß es geltend werden könnte, es sei tragbar, das Reichsschulgesetz verstanden zu lassen.

Es muß der Deutschen Volkspartei deutlich gesagt werden, daß sie das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten, in dem für die Zurückstellung der Schulfrage bis nach Erledigung aller anderen parlamentarischen Arbeiten plädiert wird, nicht dahin deuten darf, als ob nunmehr ein Freibrief dafür ausreichte, daß die anderen Regierungsparteien, die Abzögerer in der Schulfrage sind und geschloffen sind, einfach ignoriert werden könnten. Sollte diese Auffassung auf Grund des Hindenburg-Briefes in Kreisen der Deutschen Volkspartei bestehen, so möchte ihnen gesagt werden, daß sie falsch ist. Daß der Brief solche Interpretationsmöglichkeiten überhaupt zuläßt, wird von uns bedauert.

Die Tragödie der modernen Jugend.

Selten wohl hat ein Sittenprozeß so tief in die kulturelle Not unserer Zeit hineingeuchtet wie die Nordgeschichte der Steglitzer Primaner. Materielle Not drängt sich von selbst auf bei allen Gelegenheiten des täglichen Lebens, die geistige braucht solche erschütternde Ausdrucksformen, die nur ab und zu an die Oberfläche des Bewußtseins dringen. Darum steht ein Kern von Berechtigung darin, wenn dieser Berliner Prozeß über den gewöhnlichen Rahmen hinaus als ein kulturhistorisches Zeitdokument im Urteil der Öffentlichkeit gewertet und beachtet wird. Es ist der Kampf um die Seele der Jugend, um Leben und Zukunft der kommenden Generation, der sich um den besondern Fall aufspielt und seine Kreise weit über den Schwurgerichtssaal hinaus. In Erkenntnis dieser tiefen Hintergründe hat schon die Gedenkzeitung das Thema aufgegriffen, und es liegt nur in der logischen Entwicklung, wenn dabei die großstädtische Einsprengel wieder in ihre Lieblingsmelodie von der Glorifizierung des jugendlichen Verbrechertums versetzt und den Fall Kranz zur Tragödie der modernen Jugend schlechthin stempelt.

Bei einer ernsteren Betrachtung dieser Zusammenhänge ist es notwendig, das Geschehen von oberflächlichem Wert zu durchdringen, das in literarisch kritischer Sensationsgier um die Sache gewoben worden ist. Bewußt, auch das sind Seiten der Zeit und ihrer stillosen Tiefenlage: der Kampf eines äußeren Massenpublikums um die Plätze in einem Gerichtssaal, wo alle Einzelheiten des abenteuerlichen Prozeßes in der Öffentlichkeit dreigeartet werden; Damen aus den Ständen, die für solche Dinge Zeit haben und mit stehenden Blicken schauende Justizbeamter um Einlass bitten oder der Vater der im Mittelpunkt der moralischen Verantwortung stehenden Hilde Scheffer, der in den Korridoren bei Journalisten schnorrt und für 100 Mark ein Interview mit seiner hoffnungslosen Tochter anbietet. Ein Jungweiber-Prostitution in Reinkultur! Aber das alles ist nichts absonderliches nach der Ergebnisse bei anderen Sensationsprozessen der letzten Zeit, ebenso wenig wie der Hintergrund einer schlichten Pubertätskrise mit allen Anzeichen erotischer und alkoholischer Ausschweifungen. Liebesverbrechen unter Jugendlichen sind nichts Ungewöhnliches. Was hier erschüttert, das ist der Umstand, daß die handelnden Personen nicht junge Männer und Mädchen sind, sondern Kinder. Schüler und Schülerinnen, die ein so merkwürdig freies Liebesleben führen und beim Eintritt von Konflikten, die sich dabei einstellen, gleich die letzten Konsequenzen ziehen. Hier liegt die wichtige, die entscheidende Frage: sind es wirklich Kinder, die so handeln, oder haben wir im Drog der Zeit eine vollkommene Wandlung der Jugend übersehen, deren Reaktionen wir ratlos gegenübersehen?

Es ist nicht unterlassen worden, um diesen Koffeln zu erwecken, um die Kranz und Scheffer als Beispielmenschen der Jugend unserer Zeit hinzustellen. Ganz besonders dem Angeklagten Paul Kranz sind Helden- und Märtyrerkronen in Menge geflochten worden als dem Exponenten einer unverstandenen jungen Welt. Er selbst hat bei seiner Vernehmung alles getan, um sich diesen Lorien zu verdienen. Aber das ist eine Legende, die zerbröckeln muß. Nach allem bleibt er doch nur ein fürz Lebens untreuer, halblöcher Knabe; kein Typ, sondern das traurige Einzelgesein einer Gattung, die es schon immer gegeben hat. Er hat geliebt; das geht ihn nicht über den Durcheinander. Er hat geliebt, geträumt, wie viele andere auch. Er hat in seinem Freiheitsdrang alles „Alte“, das Erziehungssystem, die Schule, die ihm eine Freizeite gab, die Lehrer, die ihm innerlich nicht nahebrachten, losgerissen, weil er nur untreuer ist. Als ob der nicht auch einmal Sterne der Hoffnung in der Brust getragen hätte! Es ist der ewige Gegenstand von Jung und alt. Wer hätte ihn nicht einmal verspürt in seiner Sturmperiode, wenn auch nicht so unmaßig wie dieser Primaner, der eines Tages durchbrannte, um in der weiten Welt sein Glück zu suchen mit 50 Mark Reisegeld in der Tasche. Aber nicht jeder, der solche Streiche machte, hat das Glück gehabt, daß ihm der Rückweg in geordnete Verhältnisse so liebevoll geboten wurde. Auch seine weitere Entwicklung ist ganz trivial. Summelei, Liebeslei, Sanfterlei, ganz ordinäre Wege des moralischen Abgleitens. Nichts Besonderes, keine psychologische Hydra, keine große Besonderheit. Früher, nach dem alten System, hätte man zur Beseitigung eines solchen Lebenswandels verb zugegriffen, vielleicht auch den Hochstuhl nicht gescheut. Heute sind wir humaner, komplizierter geworden. Wir haben auf allen Gebieten des Lebens Sachverständige — nicht zuletzt für die Erscheinungen der Pubertätszeit —, wir haben ihre wissenschaftlichen Methoden zur Behandlung solcher Fälle, wir haben vor allem eine neue Art von Presse, die mit granzendem Bedagen jeden Dreck anrührt, bis er zum Himmel sinkt und dann die Gesellschaft anlagert, wenn solche jugendlichen Helden in der Verhinderung verurteilter Liebesbeziehungen zum Revolver greifen.

Ein häßlicher Kampf tobt jetzt um die Schuldfrage. Nicht um die des Prozesses selbst; denn ob Kranz wirklich zum Mörder wurde oder ob er nur der moralisch Schuldige ist,

Die Haushaltdebatte über den Heeres-Gesetz.

Das Zentrum gegen die Abstriche.

Berlin, 11. Febr. Der Haushaltsausfluß des Reichstages am Sonnabend die allgemeine Aussprache über den Heeres-Gesetz ist fort. Abg. Freiherr v. Moltke (Zem.) verglich die Kosten dieses Etats mit denen der preussischen Polizei und denen des französischen Heeres, die niedriger seien. Mit den „unvorhergesehenen Ausgaben“ müsse gleichfalls aufgeräumt werden. Er zweifle nicht, daß die genehmigten Geschäfte in gutem Glauben abgeschlossen wurden; der Schaden sei aber doch größer als der erwartete Nutzen. So sei es vielleicht mit den vielen sogenannten Munitionsschleppungen auch gemeint. Ebenfalls hat Hedner den Reichswehrminister, nicht so zu verlassen wie bei der Vöbus-Affäre, sondern, wenn sich eine Beteiligung des Reichswehrministeriums herausstellen sollte, dann rechtzeitig und nicht erst unter dem Zwang des Gerichtsverfahrens durchzureisen. Der Minister habe davon gesprochen, die Angehörigen der Reichswehr zu trennen und zuverlässigen Soldaten die Uere zu machen. Der Hedner wolle lieber dafür sorgen: treue und zuverlässige Diener der Republik. Hierzu müsse vor allem das Offizierskorps erzogen werden. Der Hedner scheine ihm nach der Manille noch vorzuziehen. Der Weg, Unteroffiziere zu Offizieren zu befördern, müßte weiter offenbleiben.

Abg. Voigt (Saw. Vp.) will auch den Bayernsoldaten den Eintritt in die Reichswehr ermöglichen. Ferner müßte der Zugang zum Offizierskorps wieder, wie einst, auch Armeren erschlossen werden. Mit der Unterbringung der auscheidenden Soldaten habe es noch. Der Hedner befragte dann die Fortbildungsinstitute für diese Hülfsleistung. Ministerialdirektor Dr. Voigt legte die Gründe dar, an denen der Reichstag eine Reihe von Abstrichen am

Heeres- und Marineetat vorgeschlagen habe. Es handele sich dabei lediglich um eine Entlastung des Gesamthaushalts. Wenn genommen habe aber der ordentliche Haushalt ein Defizit von etwa 300 Millionen Mark, das aus außerordentlichen Einnahmen gedeckt werde. Man habe im Reichstag erst vorgeschlagen, 2 Prozent vom Reichswehretat abzuschneiden, sich aber schließlich bei der Reichswehr auf etwas mehr als 1 Prozent zurückgezogen, auf ungefähr 6 Millionen Mark. Diese Abstriche schienen wegen der sogenannten Reste möglich. Der Reichsfinanzminister habe durch die Restelle zum ersten Male volle Offenheit walten lassen. Das sei eine Tat gewesen.

Reichswehrminister Dr. Erdner: Ich möchte nur betonen, daß ich der Verantwortliche für mein Ressort bin.

Abg. Frick (Zem.) kritisiert die Gründe, die für die Beschlüsse des Reichstages vorggetragen worden sind. Der Beschluß des Reichstages erscheine ihm weniger aus sachlichen, als politischen Gründen gefaßt zu sein. Sonderbar behaupte er auch, den Vorwurf der Nichtparlamentarität gegen das Reich erhoben zu haben von Lindern, die wie z. B. Preußen, ihre Oberpräsidenten lieber als andere Reichsteile belassen wollten, die für einen Opernhausbau 16 bis 20 Millionen RM. ausgaben und die die Ministerialaufgaben erfüllten. Deshalb könne er trotz seiner bekannten Einstellung zur strengen Sparpolitik sich doch nicht für die sozialdemokratische Entschließung aussprechen, die Abstriche lediglich beim Wehretat fordere. Werde allgemeine Sparpolitik bei allen Etats gefordert und das in der Entschließung klarstellt, so habe er keine Bedenken.

Ministerialdirektor Dr. Voigt vom Reichsfinanzministerium wendete sich zum Schluß noch ganz energisch gegen die Ausdrücke, die der preussische Vertreter, Ministerialdirektor Dreht, beim Reichswehretat gemacht hatte.